

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

28.09.2022

Inhalt

EWN

1 Wasserstoff für Vorpommern – Marktabfrage bis Jahresende <i>Ostsee-Zeitung - Usedom-Peene-Zeitung, 28.09.2022</i>	3
2 Dänische Behörden melden drei Lecks an Nord Stream-Pipelines <i>ndr.de, 27.09.2022</i>	5
3 MV-Wirtschaft macht Druck: Energiepreisdeckel sofort, höheren Mindestlohn stoppen <i>Ostsee-Zeitung.de, 27.09.2022</i>	7
4 Habeck will Atomkraftwerke länger laufen lassen <i>DER TAGESSPIEGEL, 28.09.2022</i>	8

📰 Ostsee-Zeitung - Usedom-Peene-Zeitung | 28.09.2022 | S. 13

📄 Auflage: 8.188 | Reichweite: 21.911

👤 Henrik Nitzsche und Stefanie Ploch

ENERGIEWENDE

Wasserstoff für Vorpommern – Marktabfrage bis Jahresende

Gasversorgung Vorpommern setzt weiter auf Wasserstoff als neuen Energieträger im Land

Ist Wasserstoff die Lösung für die Energiewende? Und kann Vorpommern-Greifswald auf diesem Gebiet Vorreiter werden? Darüber diskutierten Vertreter von Unternehmen bei einem Auftakttreffen des Projektes vom Planungsverband Vorpommern zum Thema Wasserstoff in Anklam.

Das Projekt hat den Aufbau und die Verstetigung eines regionalen Wasserstoffnetzwerkes zum Ziel - für ganz Vorpommern. Hierzu werden Partner aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung zur Umsetzung konkreter Projekte zusammengebracht.

„Wir haben schon jetzt einen Elektrolyseur in Mecklenburg-Vorpommern, der grünen Wasserstoff produzieren könnte, aber bisher keine Abnehmer hat. In der Region könnten wir bereits heute Fahrzeuge beschaffen, die emissionsneutral mit grünem Wasserstoff angetrieben werden - wo manche Unternehmen aber zögern, weil sie noch nicht wissen, wo sie Wasserstoff tanken können“, verdeutlicht Volker Höfs, Projektkoordinator bei Energie Vorpommern. Elektrolyseure wandeln elektrische Energie in chemische um, dabei entsteht Wasserstoff als Energieträger.

Eine Wasserstoffwirtschaft in Vorpommern fördere die regionale Wertschöpfung stärker, als wenn lediglich grüner Strom erzeugt und in den Süden exportiert werde, sagt Höfs weiter. „Wir wollen den Strom hier bei uns veredeln und damit die Wirtschaft Vorpommerns stärken und uns für die Zukunft mit speicherbarer Energie unabhängiger von Energieimporten machen. Die gesamte Region soll von dem bei uns erzeugten grünen Strom profitieren.“

Abfrage: Interessiert ihr euch für Wasserstoff?

Doch gibt es dafür überhaupt einen Markt? „Am 22. September haben wir auf unserer Website eine Marktabfrage gestartet. Bis Jahresende wollen wir den ers-

ten Impuls haben. Interessiert ihr euch für Wasserstoff? Kann das für euch ein Thema sein? Wo habt ihr Interesse, Wasserstoff zu erzeugen?“, so Höfs zu den Fragen.

Auf der Website www.h2-vorpommern.de kann jedes Unternehmen Interesse an zukünftigen Erzeugungen und Verbräuchen von Wasserstoff hinterlegen. Aus den Angaben werden im Projekt Strukturen einer regionalen Wasserstoffwirtschaft mit Erzeugung, Verbrauch und sie verbindender Logistik abgeleitet. So können sich Unternehmen zur Umsetzung zusammenfinden.

Erste konkrete Pläne für Industrieansiedlungen gibt es bereits. Das im Februar 2021 gegründete Unternehmen HH2E-Werk Lubmin möchte auf dem **Lubminer EWN-Standort** eine Anlage zur Wasserstoffproduktion ansiedeln. Laut Höfs gibt es darüber hinaus in Wolgast die Idee, in der Nähe der Peene-Werft eine Elektrolyse aufzubauen. „Wir könnten von dort die Usedomer Bäderbahn und die Werft mit Wasserstoff versorgen, aber auch die Abwärme für das Wärmenetz der Stadt Wolgast nutzen. Wir haben aber erkannt, dass uns das im gesamten Landkreis nicht hilft, nur an einem Punkt was zu tun. Deshalb haben wir uns mit den Wasserstoff-Koordinatoren der Landkreise Vorpommern-Rügen sowie Greifswald zusammengesetzt und haben mit dem Regionalen Planungsverband ein Förderprojekt aufgestellt.“

Der Projektkoordinator sieht drei Nutzungsfelder für Wasserstoff: „Wir haben die Mobilität, insbesondere die Schwerlastmobilität. Da wird Wasserstoff ein Riesenthema werden. Dann haben wir die chemische Industrie und an dritter Stelle kommt der Wärmemarkt. Priorität haben die beiden ersten Sektoren. Wenn die bedient sind, kommt bei überschüssigem Wasserstoff auch die Wärme ins Spiel, für die es aber Alternativen gibt, wie Geothermie oder Wärmepumpe“, sagt Höfs.

Für 2023 formuliert er folgendes Ziel: „Mit der Studie wollen wir eine Landkarte malen. Wir haben dann einen Bedarf, wo im Land die besten Standorte für die Elektrolyse wären. Dann geht es um die Themen Logistik und Tankstellen.“ So einen flächendeckenden Ansatz wie in dem Projekt gebe es bislang in MV noch nicht. Als Beispielregion, wo es gut funktioniert, nennt Höfs Schleswig-Holstein. „A ist da mehr Kohle und vor allem gibt es industrielle Nutzer“, so der Projektkoordinator.

„Wir sind noch am Anfang. Ich bin mir aber sicher, dass das eine Zukunft hat. Die Wasserstoffwirtschaft bietet Perspektiven nicht nur für die Energiewende und die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern, sondern auch für Unternehmen aus der Region.“

Zitat-Text:

„Wir sind noch am Anfang. Ich bin mir aber sicher, dass das eine Zukunft hat.“ - Volker Höfs, Energie Vorpommern

Dänische Behörden melden drei Lecks an Nord Stream-Pipelines

An den beiden Ostseepipelines Nord Stream 1 und 2 sind nach dänischen Behördenangaben insgesamt drei Lecks entdeckt worden. Zuvor war von den Betreibern ein Druckabfall in den Röhren gemeldet worden. Die Ursachensuche läuft. War es Sabotage? Russland zeigte sich "extrem besorgt". MV-Ministerpräsidentin Schwesig fordert vollständige Aufklärung.

Zwei Lecks befinden sich an Nord Stream 1 nordöstlich der Insel Bornholm, eins an der neueren Leitung Nord Stream 2 südöstlich der Insel, wie die dänische Energiebehörde am Dienstag mitteilte. Im Falle von Nord Stream 1 befindet sich das eine Leck in dänischen und das andere in schwedischen Gewässern, bei dem von Nord Stream 2 in dänischen. Da keine der Erdgasleitungen in Betrieb ist, haben die Vorfälle derzeit keine Auswirkung für Europas Energieversorgung. Wegen der Lecks hat die zuständige dänische Schifffahrtsbehörde nahe der dänischen Insel Bornholm Sperrzonen für den Schiffsverkehr eingerichtet. Nach Angaben der dänischen Streitkräfte haben sich über den Lecks Blasenteppiche mit Durchmessern von 200 Metern und einem Kilometer gebildet.

Druckabfall in drei Röhren festgestellt

In der Nacht zu Montag war zunächst in einer der beiden Röhren der nicht genutzten Pipeline Nord Stream 2 ein starker Druckabfall festgestellt worden. Am Montagabend meldete der Betreiber dann auch einen Druckabfall in beiden Röhren von Nord Stream 1. Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) und Bundesnetzagentur teilten übereinstimmend mit, man stehe miteinander und mit den betroffenen Behörden im Austausch, um den Sachverhalt aufzuklären. "Aktuell kennen wir die Ursachen für den Druckabfall nicht", hieß es. Nach Angaben eines Sprechers von Nord Stream 2 wird noch tagelang Erdgas in die Ostsee strömen.

Schwesig: "Vorfall muss vollständig aufgeklärt werden"

Nach Angaben des für die technische Sicherheit in Deutschland zuständigen Bergamts Stralsund hat sich der Druck in den Leitungen entsprechend der Wassertiefe auf einem niedrigen Niveau eingestellt. "Am Ereignisort liegt die Nord-Stream-2-Leitung in einer Tiefe von 70,1 Meter, die beiden Nord-Stream-Leitungen in einer Tiefe von ca. 88 Meter", hieß es. Die Behörde

schätzt das Risiko von Folgeschäden als niedrig ein. "Eine weitere Schadensausbreitung dürfte aus technischer Sicht - nach gegenwärtigem Stand - unwahrscheinlich sein", teilte das Bergamt mit. Zur Ursache sowie zu Art und Umfang möglicher Reparaturen äußerte sich das Bergamt nicht. Zunächst müsse der Schaden analysiert werden. Gleiches gelte für mögliche Folgen für die technischen Anlagen am Anlandepunkt der Pipelines im vorpommerschen Lubmin. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) teilte mit, die Landesregierung sehe die aktuelle Entwicklung mit großer Sorge. Die Vorfälle müssten vollständig aufgeklärt werden. "Das liegt in der Zuständigkeit Dänemarks und der Bundesregierung."

Medien: Kampfflugzeuge entdeckten Blasen an der Wasseroberfläche

Nach Angaben eines Nord-Stream-Sprechers sind die Leitungen so verlegt, dass eine gleichzeitige Beschädigung mehrerer Leitungen etwa durch einen einzelnen Schiffsunfall höchst unwahrscheinlich ist. Während des Genehmigungsverfahrens der Pipelines wurden auch Havariefälle wie etwa ein Unfall mit einem Schiffsanker berechnet. Demnach würde so ein Schadensfall in weniger als einmal pro 100 Millionen Jahre eintreten. Wie die dänische Zeitung "Jyllands-Posten" unter Berufung auf das dänische Militär berichtete, wurde das Leck an Nord Stream 2 von dänischen F-16-Kampffjets entdeckt. Sie wurden demnach von Bornholm aus in die Luft geschickt, um das Gebiet zu fotografieren. Dabei hätten sie aus dem Wasser aufsteigende Blasen entdeckt.

Ursachenforschung angeblich schwierig

Die Ursachenforschung gestalte sich für die Nord Stream 2 AG sehr schwierig, hieß es von Nord Stream. Man stehe unter Sanktionen, verfüge kaum noch über Personal und Gelder seien eingefroren. In Lubmin

(Kreis Vorpommern-Greifswald), wo die Pipeline in Deutschland anlandet, sei kein Personal der Nord Stream 2 AG.

Kremlsprecher: "Eine noch nie dagewesene Situation"

Die Gaslecks sind nach Ansicht des polnischen Regierungschefs Mateusz Morawiecki auf Sabotage zurückzuführen. "Wir kennen heute noch nicht die Details dessen, was da passiert ist, aber wir sehen deutlich, dass ein Sabotageakt vorliegt", sagte Morawiecki am Dienstag im polnischen Goleniow bei Stettin, wo er an der Eröffnung der Gaspipeline Baltic Pipe teilnahm. Dieser Sabotageakt sei "wahrscheinlich die nächste Stufe der Eskalation, mit der wir es in der Ukraine zu tun haben". "Jetzt kann keine Variante ausgeschlossen werden", sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow auf die Frage, ob Sabotage der Grund sein könne für den Druckabfall. Man sei "extrem besorgt", so Peskow. "Dies ist eine noch nie dagewesene Situation, die dringend untersucht werden muss."

Dänemark: Zufall schwer vorstellbar - Erdstoß an Havariestelle gemessen

Die drei Lecks befänden sich in einigem Abstand zueinander, sagte die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen am Dienstag bei einem Besuch im polnischen Goleniow bei Stettin, wo sie der Einweihung der Gaspipeline Baltic Pipe beiwohnte. Es sei daher schwer vorstellbar, dass es sich um Zufall handle. Nach Angaben des Portals volcanodiscovery.com wurde genau an der Stelle nordöstlich von Bornholm, wo zwei der drei Lecks auftraten, am Montag ein Erdstoß der Magnitude 2,2 festgestellt. Dies könnte auf eine Explosion hindeuten.

Nicht in Betrieb, aber bislang mit Gas gefüllt

Der Doppelstrang der Pipeline Nord Stream 2 verläuft 1.230 Kilometer von Russland durch die Ostsee bis nach Deutschland. Sie ist fertiggestellt und bisher mit Gas gefüllt, allerdings wurde durch sie nie Erdgas importiert. Die Bundesregierung hatte das Genehmigungsverfahren im Februar kurz vor dem russischen Angriff auf die Ukraine auf Eis gelegt und auch danach betont, dass eine Inbetriebnahme nicht in Frage komme.

Umwelthilfe: Leck keine Bedrohung für Meeresumwelt

Ein Leck an der Gaspipeline hätte nach Einschätzung der Deutschen Umwelthilfe (DUH) wenig Auswirkungen auf die Meeresumwelt in der Ostsee. Erdgas sei Methan, welches sich teilweise im Wasser löse und nicht giftig sei, sagte ein DUH-Sprecher. Je größer die Wassertiefe, in der Gas frei werde, desto höher sei der Anteil des Treibhausgases, der sich im Wasser löse. Die möglichen Auswirkungen auf Flora und Fauna sieht die Umwelthilfe als beschränkt an. Selbst im Falle einer Explosion unter Wasser gäbe es nur lokale Effekte. Der Sprecher betonte hingegen, dass austretendes Methan für das Klima sehr schädlich sei.

DUH-Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner befürchtet derweil eine größere Havarie und sieht die Schuld auch bei den Behörden: "Jetzt rächt sich, dass die zuständigen deutschen Behörden, das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie und das Bergamt Stralsund, während des Genehmigungsverfahrens weder auf eine umfassende Klimaverträglichkeitsprüfung der Pipeline noch auf eine unabhängige Überwachung ihrer Sicherheit gedrungen haben."

 Ostsee-Zeitung.de | 27.09.2022

 Frank Pubantz

 WEBLINK

MV-Wirtschaft macht Druck: Energiepreisdeckel sofort, höheren Mindestlohn stoppen

Morgen treffen sich der Bund und die Länder zu einem Gipfel. Thema: die explodierenden Energiepreise. Vorab stellen Unternehmerverbände konkrete Forderungen an die Politik, die Zeit des Redens sei vorbei, jetzt sei Handeln angesagt.

Schwerin/Berlin. Ein dickes Rettungspaket fordert die Wirtschaft in MV vor der Ministerpräsidentenkonferenz am Mittwoch: Wenn Manuela Schwesig ihre Amtskollegen und Bundeskanzler Olaf Scholz (beide SPD) zum Thema Energiekosten trifft, müsse endlich ein Energiepreisdeckel kommen. Und mehr.

Schluss mit Reden, stattdessen „konkretes Handeln“ – diese Forderung erheben die Präsidenten der drei Unternehmerverbände in MV, Gerold Jürgens (Vorpommern), Frank Haacker (Rostock – Mittleres Mecklenburg) und Thomas Tweer (Mecklenburg-Schwerin). „Politik muss handeln – sofort“, heißt es in einem am Dienstag verbreiteten Text.

Am Mittwoch, 28. September, beraten Kanzler und Ministerpräsidenten erneut über weitere Hilfen für steigenden Energiepreisen. Dazu haben die drei Verbände aus MV konkrete Vorstellungen. So müsse die Grundversorgung mit Energie für alle Unternehmen garantiert werden. Dazu müsse das Energieangebot deutlich erhöht werden – durch Ausschöpfung aller Kohle- und Ölkraftwerke sowie die weitere Nutzung von Atomenergie.

Manuela Schwesig wirbt für baldigen Energiepreisdeckel

„Bund und Länder müssen für eine bezahlbare Energieversorgung der Wirtschaft sorgen“, erklären die drei

Chefs der Unternehmerverbände. Dazu sei ein Preisdeckel „auf alle Energieträger“ erforderlich, um die Märkte zu beruhigen. Darüber hinaus fordern die Verbände einen Wegfall von Belastungen für Unternehmen, stellen die für Oktober geplante Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns infrage oder die geplante Einführung von neuen Feiertagen. Kurzfristig müsse die Einführung von Kurzarbeit möglich sein, um Firmen zu retten. Hilfsprogramm für die Wirtschaft sollten „einfach, schlank und zügig“ funktionieren.

Textentwurf zur MPK sieht keinen Energiepreisdeckel vor

Die Ministerpräsidenten wollen am Mittwoch über weitere mögliche Entlastungen und Hilfsmechanismen zum Thema Energiekosten beraten. Im Entwurf eines Beschlusstexts fehlt allerdings der von Wirtschaft und vielen Privathaushalten erhoffte Energiepreisdeckel. Da heißt es lediglich: Bund und Land sähen „weiteren Handlungsbedarf“. Eine Expertenkommission solle fundierte Vorschläge unterbreiten.

Enttäuschung zum Textentwurf in der Wirtschaft: Der Text lasse für Mittwoch „leider nichts Gutes erahnen“, sagt Sven Müller, Vereinigung der Unternehmensverbände MV. „Sollte der tatsächliche Beschluss nicht gänzlich anders aussehen, darf sich niemand über Verdross in der Bevölkerung wundern.“

Habeck will Atomkraftwerke länger laufen lassen

Zwei Reaktoren sollen wegen Energiekrise bis April 2023 Strom liefern / Regierung arbeitet an milliardenschwerer Gaspreisbremse

Berlin - Die Ampel-Koalition ringt angesichts der sich abzeichnenden Verwerfungen durch die Energiekrise um grundlegende Kurskorrekturen. Die beiden Atomkraftwerke in Baden-Württemberg und Bayern sollen zur Minderung der Probleme über das Jahresende hinaus laufen. „Isar 2 und Neckarwestheim werden im ersten Quartal 2023 wohl am Netz bleiben. Das ist der Stand heute“, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) Dienstagabend in Berlin. Die FDP hatte ein Einlenken der Grünen zur Bedingung für eine Einigung auf eine milliardenschwere Gaspreisbremse gemacht.

Die angespannte Lage werde wegen der fehlenden französischen Atom-Leistung verschärft und würde den Einsatz als Reserve notwendig machen, sagte Habeck. „Die Lage in Frankreich ist nicht gut und hat sich in den vergangenen Wochen deutlich schlechter entwickelt als prognostiziert.“ Er verwies auf einen französischen Stresstest aus der vergangenen Woche. Die französischen Behörden gingen nun nicht mehr von einer Leistung von 50 Gigawatt im Winter aus, sondern nur noch von 45 Gigawatt Anfang Januar. Bis in den Februar sinke die Leistung der dortigen Atomkraftwerke auf nur noch 40 Gigawatt. Da die europäischen Stromnetze verknüpft sind, verschärfen die französischen Reaktorprobleme mit vielen stillstehenden Anlagen die Lage besonders im Süden Deutschlands.

Zunächst wollte Habeck, dass Isar 2 und Neckarwestheim 2 in eine Notreserve geschickt werden und nur bei absoluten Engpässen wieder angefahren werden sollen; nun öffnet er sich für einen dauerhaften Weiterbetrieb bis April 2023. Der Grünen-Politiker machte aber deutlich, dass damit noch keine endgültige Entscheidung über einen Weiterbetrieb gefallen sei. „Die Entscheidung muss spätestens im Dezember getroffen werden“, sagte Habeck. Das dritte verbliebene Kernkraftwerk im Emsland in Niedersachsen soll weiter wie geplant zum Jahreswechsel vom Netz gehen.

Sollten die beiden süddeutschen AKW über den Jahreswechsel am Netz bleiben, könnten sie im Streckbe-

trieb mit den alten Brennstäben nicht mehr die volle Leistung erreichen. Isar 2 könne laut Betreiber den Betrieb bis Anfang März fortsetzen. „Dabei können nach Betreiberangaben zwischen anfänglich etwa 95 Prozent der Leistung bis etwa 50 Prozent der Leistung zum Ende bereitgestellt“ werden, teilte das Wirtschaftsministerium mit.

Die FDP verweist darauf, dass mit mehr Atomstrom weniger Gas zur Stromerzeugung eingesetzt werden muss, derzeit treibe der hohe Gaspreis auch den Strompreis. Es habe keinen Deal gegeben, versicherte Habeck. „Wir sollten keine politischen Koppelgeschäfte machen.“ Jedes Problem müsse für sich gelöst werden.

Die von Habecks Ministerium erarbeitete, scharf kritisierte Gasumlage zur Finanzierung der hohen Zusatzausgaben der Gasimporteure steht unterdessen vor dem Aus. Zunächst wollte die Koalition die hohen Preise durch die Umlage gerechter verteilen. Diese soll eigentlich ab 1. Oktober gelten, ist aber politisch kaum noch zu vermitteln. Industrie und Mittelstand warnen vor massiver Abwanderung von Unternehmen und Arbeitsplatzverlusten, wenn der Staat nicht entschieden gegensteuert bei den Energiepreisen. Statt der Umlage könnte der Staat in Schieflage geratenen Gaseinkäufern direkt helfen, wie er es auch bei der Verstaatlichung von Uniper getan hat.

Zudem wird eine Gaspreisbremse wahrscheinlicher. Aus Regierungskreisen erfuhr der Tagesspiegel, alles hänge an der Finanzierung. Grüne und SPD fordern von Finanzminister Christian Lindner (FDP) eine erneute Aussetzung der Schuldenbremse, um eine Deckelung der Energiepreise zu finanzieren. „Hier ist jetzt der Finanzminister gefordert, mit genügend Finanzmitteln Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie wir bei der Senkung der Energiekosten und der Einführung eines Gaspreisdeckels vorankommen“, sagte Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ist dazu im engen

Austausch mit Habeck und Lindner. Der für Mittwoch geplante Bund-Länder-Gipfel wurde auf den 4. Oktober verschoben. Die Begründung des Kanzleramts: Es

sei nicht sinnvoll, ein so wichtiges Treffen wegen der Corona-Infektion des Kanzlers virtuell zu machen.